

Fortsetzung von Seite 1

Gewaltiges Medienecho...

verrechnet werden. Somit würden bis zu 175 Euro der gesetzlichen Rente nicht mit der Grundsicherung verrechnet. Ein Beispiel: Während nach heutigem Stand bei einem Bezieher der Grundsicherung und einer Rente von 300 Euro die Rente komplett bis zu einem Betrag von 625 Euro verrechnet würden, bleiben nach dem SoVD-Modell für den Betroffenen künftig 800 Euro unterm Strich übrig. Damit solle sichergestellt werden, dass jeder Rentenbeitrag zu einem Alterseinkommen oberhalb der Sozialhilfegrenze führe, sagte SoVD-Rentenexperte Klaus Michaelis. Die Kosten dafür sollen über Steuermittel aufgebracht werden.

Zur Verringerung des Risikos der Altersarmut setzt sich der SoVD deshalb seit Langem auch für die Einführung eines bundeseinheitlichen Mindestlohns ein. „Minilöhne führen auch zu Minirenten“, kritisierte SoVD-Präsident Adolf Bauer. Um im Niedriglohn Beschäftigte besser vor Altersarmut zu schützen, fordert der SoVD – als zwei aufeinander aufbauende Instrumente – neben dem gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro eine befristete Verlängerung der sogenannten Rente nach Mindesteinkommen für Zeiten vor Einführung des Mindestlohnes. Für Langzeitarbeitslose sieht das SoVD-Konzept einen deutlich höheren Beitrag zur Rentenversicherung als bislang vor. Derzeit erwirbt ein Hartz-IV-Empfänger für ein Jahr Arbeitslosengeld II einen monatlichen Rentenanspruch von 2,17 Euro. Dies entspreche nur acht Prozent der Rentenanwartschaft eines Durchschnittsverdieners, machte Bauer deutlich. Eine Absicherung von Arbeitslosengeld-II-Beziehern müsse sich an 50 Prozent des Durchschnittsverdienstes orientieren und demnach auf rund 250 Euro angehoben werden. Nur so könne eine armutsfeste Rente für Langzeitarbeitslose erreicht werden. Um Erwerbsminderungsrentner vor Armut zu schützen, sprach sich der SoVD-Präsident für die Abschaffung der Rentenabschläge aus, die bis zu 10,8 Prozent betragen können. Diese seien nicht gerechtfertigt, da die Bezieher aus gesundheitlichen Gründen nicht bis zum Rentenalter arbeiten könnten.

Die rentenpolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion, Irmingard Schewe-Gerigk, begrüßte das Konzept des SoVD. Auch der Rentenexperte der Linksfraktion, Volker-Schneider, lobte die Vorschläge. Die Vermeidung von Altersarmut sei eine der dringendsten Herausforderungen der kommenden Jahre.

Das SoVD-Konzept ist als Broschüre unter www.sovd.de/mindestsicherung zum Download hinterlegt.



Foto: Bilderbox/fotolia

Die Vermeidung von Altersarmut ist eine der dringendsten Herausforderungen der kommenden Jahre – vor allem im Niedriglohn Beschäftigte müssen besser geschützt werden.

Anzeige

Durchdachte Vorsorge bewahrt Chancen

Harmonie.

Harmonie ist Ihnen wichtig. Denn Sie streiten sich ungern. Doch auch ohne eigenes Zutun können Sie in einen Rechtsstreit verwickelt werden, egal wie vorsichtig und sorgsam Sie sind. Dann hilft oft nur noch der Weg zum Anwalt - und der kostet Zeit, Geld und Nerven. Sorgen Sie deshalb vor.

Der Spezial-Rechtsschutz der Hamburg-Mannheimer bietet Ihnen als SoVD-Mitglied besonderen Versicherungsschutz zu äußerst günstigen Konditionen:

Rechtsschutz	Besondere Leistungserweiterungen:
<ul style="list-style-type: none"> im Privat- und/oder Verkehrsbereich wahlweise mit Immobilien-Rechtsschutz Inklusive anwaltlicher telefonischer Erstberatung in Vorsorgefällen aus versicherten Lebensbereichen - damit Sie stets gut beraten sind! 	<ul style="list-style-type: none"> Rechtsschutz für Betreuungsverfahren - bei Streitigkeiten um eine Heimunterbringung. Beratungs-Rechtsschutz für Vorsorgeverfügungen - damit Sie schon jetzt für den Fall Ihrer Entscheidungsunfähigkeit umfassend Vorsorge treffen können.

Wir informieren Sie gern:

Sozialverband Deutschland e.V.
 Abt. Versicherungen
 Stralauer Str. 63, 10179 Berlin
 Telefon: 030/ 72 62 22-0

www.ovg.hamburg-mannheimer.de

Ein Unternehmen der ERGO Versicherungsgruppe. **KAISERLICH VERSICHERT. HAMBURG MANNHEIMER**



Pressestimmen und Kommentare

In rund 130 Berichten, darunter in der Frankfurter Rundschau, der Süddeutschen Zeitung, dem Tagesspiegel, der FAZ, der Berliner Morgenpost, der Berliner Zeitung und zahlreichen anderen namhaften Medien wurde das SoVD-Konzept aufgegriffen. Oftmals wurde das Thema – ergänzend zur Berichterstattung – auch kommentiert. Hier einige Auszüge aus den Zeitungskomentaren vom 8. August:

Neue Osnabrücker Zeitung, Kommentar „Konstruktive Vorschläge“:

„Der Sozialverband Deutschland legt den Finger in die Wunde und präsentiert zugleich konkrete Vorschläge zum Schutz vor Armut im Alter. (...)“

Ostsee-Zeitung, Rostock, Kommentar „Geringe Chance“:

„Wer den Schaden angerichtet hat, soll ihn auch reparieren. Diese Forderung ist plausibel. Einleuchtend sind daher die Vorschläge des Sozialverbandes Deutschland zum Kampf gegen die Altersarmut. Denn sie sollen Schäden reparieren, die die Politik verursacht hat.“

Reutlinger General-Anzei-

ger, Kommentar „Warnung vor Niedrigrenten – Angstmacher Altersarmut“:

„(...)Der Sozialverband warnt aber völlig zu Recht davor, dass eine immer größere Zahl an Bürgern eine Altersvorsorge auf Sozialhilfe-Niveau zu erwarten hat. Die Ursache liegt darin, dass für viele die Erwerbsbiografie brüchig geworden ist. Wessen Berufsleben sich zwischen Niedriglohn und Langzeit-Arbeitslosigkeit bewegt, für den wird es im Alter bitter.“

Neues Deutschland, Kommentar „Verteidigung der Rente“:

„(...) Deshalb ist es grundsätzlich zu begrüßen, dass der Sozialverband

Deutschland jetzt ein neues Konzept vorgelegt hat, welches die arg rampo-nierte GRV stärken soll. Eine bessere Absicherung von ALG-II-Beziehern könnte dies gewiss leisten.“

Südkurier, Kommentar „In der Armutsfalle“:

„(...) Wer heute ins Erwerbsleben eintritt und 45 Jahre lang nur die Hälfte des Durchschnittseinkommens verdient, kann im Alter nur mit einer Minirente rechnen (...). Deshalb legte der SoVD in Berlin ein Konzept vor, das mit Freibe-trägen und Mindestlöhnen Gering-verdienern eine Rente oberhalb der Armuts Grenze garantiert.“

Sozialstaatsinitiative „Sozialabbau stoppen. Sozialstaat stärken.“

Enttäuschendes Kanzleramtsschreiben

Nach nunmehr fast neun Monaten und einem Erinnerungsschreiben der Präsidenten von SoVD und Volkssolidarität hat das Bundeskanzleramt auf die Übersendung der rund 220 000 Unterschriften reagiert, die engagierte Mitglieder des SoVD und der Volkssolidarität für die gemeinsame Initiative zur Stärkung des Sozialstaats gesammelt hatten. Leider hat Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel den Präsidenten beider Verbände nicht persönlich geantwortet, sondern das Bundeskanzleramt beschränkte sich auf Ausführungen auf der Fachabteilungsebene.

Der Einsatz beider Verbände und seiner Mitglieder für die Stärkung und den Ausbau des Sozialstaats fand keine anerkennenden Worte des Bundeskanzleramts.

Vielmehr beschränkte man sich auf die Feststellung, dass das Konzept der sozialen Marktwirtschaft den geeigneten Rahmen für den Erhalt und die Weiterentwicklung des Sozialstaats bilde, und verwies auf die Neuregelungen der Großen Ko-

alition.

Mit unserer Sozialstaatsinitiative haben wir auch die Ängste der Menschen verdeutlicht, die mit stark sinkenden Realeinkommen und mit hohen Rentenniveauverlusten oftmals sorgenvoll in die Zukunft blicken. Der SoVD hätte sich ein klareres Bekenntnis vonseiten der Bundeskanzlerin zu Solidarität und sozialer Gerechtigkeit gewünscht. Ebenso die Zusicherung, dass es

nicht erneut die Bürgerinnen und Bürger sein werden, die die Folgen einer Wirtschafts- und Finanzkrise zu tragen haben, für die sie in keiner Weise verantwortlich sind.

Das große Engagement und die vielfältige Unterstützung der Sozialstaatsinitiative durch unsere Mitglieder und viele andere Menschen hätten eine angemessenere Würdigung durch die Bundesregierung verdient. Schade!

Geringverdiener und Rentner besonders belastet

Erste Kasse erhebt Zusatzbeiträge

Die Gemeinsame Betriebskrankenkasse Köln (GBK) erhebt als erste Krankenkasse in Deutschland von ihren Versicherten einen Zusatzbeitrag.

Danach sollen die 30 000 Mitglieder der GBK, unabhängig von ihrem Einkommen, einen Zusatzbeitrag von je acht Euro pro Monat zahlen – und zwar rückwirkend zum 1. Juli. Seit Anfang 2009 gibt es in Deutschland einen einheitlichen Beitragssatz für die gesetzlichen Krankenkassen. Die Kassen erhalten je nach Zahl, Alter und Gesundheitszustand ihrer Versicherten Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds. Kassen, die mit dem Geld nicht auskommen, können einen Zusatzbeitrag erheben. SoVD-



Foto: Bilderbox/fotolia

Kassen, die mit den einheitlichen Beitragssätzen nicht auskommen, dürfen Zusatzbeiträge erheben.

Präsident Adolf Bauer kritisierte dieses erneut in einer entsprechenden

Presseerklärung: „Pauschale Zusatzbeiträge führen zu einer sozialen Schieflage, da sie unabhängig vom Einkommen erhoben werden.“

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt rechnet hingegen nicht mit weiteren Zusatzbeiträgen von Krankenkassen. Die Gemeinsame Betriebskrankenkasse Köln „ist die einzige von allen, die das bisher auch beantragt hat“, sagte Schmidt. Der SoVD befürchtet entgegen diesen Beschwichtigungen, dass von dem ersten Zusatzbeitrag eine Signalwirkung ausgehen könnte.

Antworten auf die „Frage des Monats“

In unserer letzten Frage des Monats haben wir unsere Leserinnen und Leser gefragt, ob sie ihre Krankenkasse wechseln würden, wenn diese Zusatzbeiträge erheben würde. Hier einige Antworten von SoVD-Mitgliedern:

„Ich würde erst einmal abwarten (...). Sollte der Betrag auf Dauer eingezogen werden, würde ich die Krankenkasse so schnell wie möglich wechseln“, meint Georg P. aus Bonn.

Manfred B. hingegen ist sich sicher: „(...) Wenn eine pauschale Zusatzgebühr kommen sollte, heißt

meine Antwort: Wechsel.“

„(...) Das hört sich ja gut an, die Krankenkasse zu wechseln, (...) aber man muss auch erst mal eine Krankenkasse finden, die einen Kranken oder Behinderten (...) aufnimmt“, gibt Angela S. aus Kunrau zu bedenken.

Kerstin H. schreibt: „In diesem

Fall würde ich gern die Krankenkasse wechseln. Jedoch würde dies weitere und zusätzliche Wege bedeuten. Da ich behindert auf die Hilfe meines Mannes angewiesen bin, ist es in keiner Weise zumutbar. (...) Der Staat lässt Kranke und Behinderte und dessen Angehörige einfach im Regen stehen. (...)“